



Uta Zapf

Mitglied des Deutschen Bundestages

Uta Zapf Dt. Bundestag Platz der Republik 1 11011 Berlin

Uta Zapf, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mitarbeiterinnen: Antje Schwarzer
Helmut Hugler

Tel: (030) 227 -74 973
Fax: (030) 227 -76 716
Email: Uta.Zapf@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Herrnstraße 14
63065 Offenbach

Mitarbeiterin: Jutta Lortz

Tel. (069) 81 48 84
FAX: (069) 81 96 05
Email: Uta.Zapf@wk.bundestag.de

Der Oberbürgermeister
d. Stadt Offenbach / M. - Dezernat I

18. Juli 2007

Stadt Offenbach am Main
Oberbürgermeister
Herrn Horst Schneider

63061 Offenbach am Main

Berlin, 17.07.2007

Zahlung von Mindestlohn
Antrag in der Stadtverordnetenversammlung
Ihr Schreiben vom 10.07.2007

Sehr geehrter Herr Schneider,

herzlichen Dank für Ihr Schreiben.

Ich bin erfreut, dass die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung für einen Mindestlohn gestimmt hat. Das ist eine starke Unterstützung der Position der SPD.

Wir werden in der gegenwärtigen politischen Konstellation sicher keine allgemeinen flächendeckenden Mindestlohn durchsetzen können. Wir haben aber wichtige Schritte in diese Richtung erreicht.

Wenn wir die entsprechenden Mehrheiten haben, werden wir das Konzept umsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Uta Zapf, MdB

Anlage zur Magistratsvorlage Nr.

Dr. Klaus Lippold, MdB
Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr, Bau **und** Stadtentwicklung

TELEFAX

An: Herrn Oberbürgermeister
 Schneider
 co pers. Ref. Herrn Hadler
 Fax: 069 26 65 - 22

Von: Silke Byl
 Büro Berlin

Der Oberbürgermeister
 d. Stadt Offenbach / M. - Dezernat

kt. 2007

☎ (030) 227-77045

m (030) 227 - 76 241

fo www.lippold-mdb.de

klaus.Hppold@bundestag.de

Büro Frankfurt

☎ (069) 95 808 221

☎ (069) 95 808 225
 klippold@vhu.de

Datum; 18.10.2007
 Mindestlohn

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Hadler,
 Ihr Schreiben habe ich erhalten.

Das Bemühen um das Wohl jedes Einzelnen haben wir in wirtschaftlicher Hinsicht nicht aus dem Blick verloren. Wir wollen, dass alle Menschen, die in Deutschland **arbeiten**, faire Löhne erhalten. Faire Löhne zu vereinbaren, ist Aufgabe der Tarifparteien. Wo es Verwerfungen durch ausländische Lohnkonkurrenz gibt, helfen wir den Menschen durch die Ausweitung des Entsendegesetzes. Einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn **aber** wird es mit uns nicht geben. Ein Mindestlohn ist ein gigantisches **Arbeitsplatzvernichtungsprogramm**. Gerade in Ostdeutschland würden Hunderttausende ihren Arbeitsplatz verlieren oder in die Schwarzarbeit gedrängt werden. Das ist unsozial. Da machen wir nicht mit, und das haben wir auch gegenüber unserem Koalitionspartner deutlich gemacht.

Mit besten Grüßen
 i. A. Dr. Lippold